

Europäische Parteien

Von Johanna Schmidt, 30. April 2004

Bei der Wahl zum Europaparlament am 13. Juni 2004 kann man keine Kandidaten der Europäischen Parteien wählen. In allen Mitgliedsstaaten kandidieren die nationalen Parteien. Unterschiedliche nationale Wahlordnungen verhindern das Aufstellen gemeinsamer Kandidaten, auch die EU-Richtlinien sehen keine länderübergreifenden europäischen Mandate vor. Für eine weitergehende Europäisierung des Wahlrechts fehlen bisher die rechtlichen Grundlagen. Dies könnte sich mit der Verabschiedung der Europäischen Verfassung sowie dem im Juni 2003 beschlossenen Europäischen Parteienstatut in Zukunft ändern.

Das Statut für europäische Parteien, das in der Plenartagung des Europäischen Parlaments am 19. Juni 2003 angenommen wurde, definiert die Voraussetzungen, die notwendig sind, um als europäische Partei anerkannt zu werden, wie auch die Bedingungen, um Finanzmittel für die europapolitische Arbeit aus dem EU-Haushalt zu erhalten. Das Statut schafft eine damit solide rechtliche Lage und einen finanziellen Rahmen auf europäischer Ebene, so dass erstmals den Parteien ab dem Europawahlkampf 2004 Gelder aus dem EU-Haushalt zur Finanzierung ihrer Aktivitäten zustehen.

Als europäische Parteien bezeichnet man föderative Zusammenschlüsse nationaler Parteien aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, deren inhaltliche und programmatische Zielsetzungen sich weitgehend gleichen. Ihre Aktivitäten sind insbesondere auf die Ebene der Europäischen Union konzentriert und ihre Abgeordneten bilden im Europäischen Parlament eigenständige Fraktionen.

Ein wichtiger Schritt zur Herausbildung von politischen Parteien auf europäischer Ebene war die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979, infolge derer sich die Vertreter der nationalen Parteien um eine verstärkte Kooperation bemühten. Mit der Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments wuchs auch die Bedeutung der europäischen Parteien und ihrer Fraktionen. Davon zeugen unter anderem Artikel 191 des EG-Vertrages, der die europäischen Parteien als wichtigen Integrationsfaktor in der Union charakterisiert.

Vier Parteienfamilien haben sich bisher zu transnationalen Parteibündnissen außerhalb des Europäischen Parlaments (EP) zusammengeschlossen: die christlichen Parteien, die Sozialdemokraten/Sozialisten, die Liberalen, die Grünen. Die Linksparteien Europas planen im Mai eine Partei der Europäischen Linken (ELP) zu gründen.

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Die Europäische Volkspartei wird mit 233 Abgeordneten im derzeitigen EP vertreten und bildet zusammen mit den Europäischen Demokraten (EVP-ED) die größte Fraktion des EP. Die Fraktion konnte in diesem Jahr ihr 50jähriges Jubiläum begehen, Fraktionsvorsitzender ist Hans-Gert Pöttering (CDU). Seitdem die Partei im November 1990 mit einer neuen Satzung ihren Status als Europäische Partei begründete, ist Wilfried Martens von der belgischen CVP Präsident der Partei. In der EVP sind 23 Parteien als Vollmitglieder, 36 als assoziierte Mitglieder zusammengeschlossen. Zudem besitzen 12 Parteien den Beobachterstatus.

www.eppe.org

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Die Sozialdemokratische Partei Europas wird im EP durch die gleichnamige Fraktion vertreten. Mit 179 von 626 Abgeordneten ist die Parlamentarische Fraktion der SPE unter dem Vorsitz von Enrique Baron Crespo (PSOE, Spanien) die zweitgrößte politische Fraktion im Europäischen Parlament. Den Vorsitz der Partei hat seit Mai 2001 Robin Cook (GB, Labour) inne. Die Partei vereinigt 28 Mitgliedsparteien, 7 assoziierte und 6 Beobachterparteien. Die Partei feierte ihr zehnjähriges Bestehen im November 2002 in Warschau.

www.eurosocialists.org

Die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei (ELDR)

Die drittstärkste Fraktion im EP stellt die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei, die 53 Abgeordnete zählt. Die Partei ELDR wurde im Dezember 1993 als Nachfolgerin der bis dahin bestehenden Föderation der europäischen Liberalen und Demokraten gegründet. Nun zählt die Partei 46 Vollmitgliedsparteien und 3 affilierte Mitglieder aus mehr als 35 Ländern. Seit September 2000 hält Werner Hoyer (FDP) das Amt des Vorsitzenden inne.

www.eldr.org

Die Europäische Grüne Partei (EGP)

Die Positionen der EGP wird im EP durch die Fraktion der GRÜNEN/Europäische Freie Allianz (Die GRÜNEN/EFA) vertreten, die 45 Abgeordnete stellt. Die Fraktionsspitze teilen sich nach bewährter Tradition der grünen Parteien, die Führungspositionen aufzuteilen, die beiden Co-Vorsitzenden Monica Frassoni (Ecolo, Belgien) und Daniel Cohn-Bendit (Les Verts, Frankreich). Formale Grundlage für die Zusammenarbeit der Föderation und der Fraktion ein Abkommen, das Anfang 2001 unterzeichnet worden ist. Die Partei vereinigt 32 Mitgliedsparteien aus 29 Ländern und 6 Beobachterparteien. Seit 2003 besteht das Sprecherduo aus Grazia Francescato (frühere Vorsitzende der italienischen Grünen Partei) und Pekka Haavisto (Vihreä Liitto, Finnland).

Eine Vorreiterrolle innerhalb der Europäischen Parteien nehmen die Grünen ein. Als Nachfolgerin der 1993 gegründeten Europäischen Föderation der Grünen Parteien (EFGP) haben alle 32 Vollmitglieder am 22. Februar 2004 in Rom eine wirklich gesamteuropäische Partei aus der Taufe gehoben. Als einzige der großen europäischen Parteifamilien treten die Grünen mit einem einheitlichen Wahlprogramm für alle Mitgliedsstaaten bei den Europawahlen an. Ein elfköpfiges Führungsteam wird gemeinsam und länderübergreifend Wahlwerbung betreiben.

www.eurogreens.org